

---

**Protokoll  
über die 37. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 19.01.2023**

---

**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 19:10 Uhr  
**Ort:** Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 1.029

---

**Anwesenheit**

**Vorsitzende**

Pfeifer, Mandy entsandt durch SPD-Fraktion

**1. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Riedel, Georg-Christian entsandt durch CDU/FDP-Fraktion

**2. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Brill, Peter entsandt durch Fraktion DIE LINKE

**ordentliche Mitglieder**

Nimke, Stefan entsandt durch CDU/FDP-Fraktion  
Federau, Petra entsandt durch AfD-Fraktion  
Eickelberg, Vincent entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger  
Moschinski, Stefan entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger  
Friedriszik, Uwe entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Alff, Daniel entsandt durch SPD-Fraktion

**stellvertretende Mitglieder**

Hempel, Christina entsandt durch AfD-Fraktion  
Rauch, Marco entsandt durch Fraktion DIE LINKE

**beratende Mitglieder**

Niebergall-Sippel, Karin Behindertenbeirat

**Verwaltung**

Diessner, Barbara Verwaltung  
Gabriel, Manuela Verwaltung  
Hoffmann, Kathrin Verwaltung

**Gäste**

Haubelt, Justus  
Helmecke, Sonja



## **Öffentlicher Teil**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

#### **Bemerkungen:**

Die Ausschussvorsitzende Frau Pfeifer eröffnet die 37. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

Die Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Dem Vorstand des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales wurde eine E-Mail zur Verkehrssituation an der Grundschule Schweriner Nordlichter zugesandt. Frau Pfeifer beantragt die Thematik unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zu beraten.

Frau Pfeifer gibt die Tagesordnung zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

### **zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 36. Sitzung vom 15.12.2022 (öffentlicher Teil)**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales bestätigt die Sitzungsniederschrift der 36. Sitzung vom 15.12.2022 (öffentlicher Teil) einstimmig.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	6

### **zu 3 Mitteilungen der Verwaltung**

#### **Bemerkungen:**

Herr Ruhl konnte aufgrund terminlicher Verpflichtungen nicht an der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales teilnehmen.

Frau Pfeifer möchte sich auch im Namen des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit bedanken und wünscht dem Dezernenten alles Gute für die weitere Zukunft.

Frau Gabriel berichtet, dass man aktuell dabei sei, das neue Schuljahr vorzubereiten. Diesbezüglich ist ein Termin mit dem staatlichen Schulamt und dem Bildungsministerium geplant, um einen zukünftigen Umgang mit der Beschulung ukrainischer Schülerinnen und Schüler zu finden. Frau Gabriel sichert zu, in der kommenden Sitzung über die weitere Entwicklung der Vorklassen zu berichten.

Frau Diessner berichtet über die Gesetzesänderungen ab dem 01.01.2023:

Im Zuge der Wohngeldreform wurden 6 neue Stellen geschaffen - 5 neue Stellen und eine Umwandlung einer bereits vorhandenen Stelle. Um den gestiegenen Umfang an Anträgen zügig bearbeiten zu können, wurde der ursprünglich zusammengehörige Wohngeld- und BuT-Bereich getrennt, sodass ein höherer Fokus auf die jeweiligen Teilbereiche gelegt werden kann. Um konkrete Zahlen zum Anstieg der Anträge benennen zu können, muss zunächst der Rechnungslauf abgewartet werden. Frau Diessner berichtet in einer der kommenden Sitzungen.

Die Umstellung auf Bürgergeld ist durch die gute Vorarbeit der Kolleginnen und Kollegen des Jobcenters nach Auskunft des Geschäftsführers Herrn Skowronek reibungslos abgelaufen.

#### **zu 4      Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)**

##### **Bemerkungen:**

Es liegen keine Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss vor.

#### **zu 5      Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)**

##### **zu 5.1    Jugend in Schwerin Vorlage: 00632/2022**

##### **Bemerkungen:**

Herr Brill führt in den Änderungsantrag DS-Nr. 00632/2022 vom 19.12.2022 ein und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf die Frage von Herrn Riedel zu finanziellen Auswirkungen, erörtert Herr Brill, dass es sich zunächst um Prüfanträge handele und das bei anfallenden Kosten, eine Berücksichtigung im Doppelhaushalt 2025/2026 möglich sei.

Frau Federau bittet um eine genaue Bezifferung der Bedarfe an Safeplaces und anspruchsberechtigter junger Erwachsene. Da diese Bedarfe zunächst durch eine Prüfung ermittelt werden müssten, unterstützt Frau Federau den Verfahrensvorschlag Punkt 13 als Prüfantrag zu formulieren.

Herr Brill betont, dass man sich hier in einem pflichtigen Bereich befinde und somit eine Leistung erbracht werden müsse. Eine genaue Erfassung der Bedarfe würde im Zuge des geplanten Konzeptes erfolgen.

Zu der Frage von Herrn Moschinski, ob eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt

für den Haushalt 2025/2026 möglich wäre, erläutert Frau Gabriel, dass eine Veranschlagungsreife herzustellen sei, um das Projekt 2025/2026 umzusetzen.

Frau Hempel bittet darum, das Prüfverfahren bzgl. eines Anspruches eines jungen Erwachsenen nach § 41 SGB VIII darzulegen.

Frau Gabriel informiert, dass dies die Zuständigkeit des Fachdienst Jugend betrifft und das die Verwaltung diesen Antrag mitnimmt.

Herr Alff verweist auf den Kommentar zum § 41 und § 41 a SGB VIII.

Herr Brill beantragt Rederecht für die Mitglieder des Kinder- und Jugendrates.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendrates bedanken sich für die Zusammenarbeit und die damit verbundene Unterstützung. Die aktuellen Punkte decken eine Vielzahl an Themen ab, die die Kinder und Jugendlichen in Schwerin beschäftigen, an sei jedoch auch für eine zukünftige Zusammenarbeit weiterhin offen.

Herr Nimke beantragt die Punkte 9 und 10 einzeln abzustimmen. Frau Federau beantragt eine weitere Einzelabstimmung der Punkte 1, 13 und 14. Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch.

Frau Pfeifer gibt die Punkte 2 – 8, 11, 12 und 15 – 20 zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Frau Pfeifer gibt Punkt 1 zur Abstimmung.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt:  
zu prüfen, ob ein Neubaublock, mit einem Aufgang, für Jugendliche zur Verfügung gestellt werden kann. Hier könnten unter Begleitung von Jugendsozialarbeiter: innen Graffitis entstehen und Jugendliche ihre Freizeit verbringen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	1

Frau Pfeifer gibt Punkt 9 zur Abstimmung.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt:  
auf einen Austausch zwischen der Polizei und den Jugendlichen außerhalb konkreter Konfliktsituationen hinzuwirken. Ziel soll es sein, das Verständnis für den jeweils anderen für das Agieren in Konfliktsituationen zu stärken.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	3

Frau Pfeifer gibt Punkt 10 zur Abstimmung.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt:  
konfliktminimierende mobile Einrichtungen (wie z.B. mobile Toiletten oder Mülltonnen) vorzuhalten und dort zu platzieren, wo sich in der aktuellen Situation vermehrt und in großer Anzahl Jugendliche aufhalten und im Konfliktfall einen Austausch zwischen den Konfliktparteien außerhalb der Konfliktsituation zu organisieren und zu moderieren. Dabei ist zu prüfen, ob die Entscheidung über die Standorte der mobilen Einrichtungen bzw. die Entscheidung zur Verlagerung der mobilen Einrichtung unter Einbeziehung von Jugendlichen, in Abstimmung mit der Straßenjugendsozialarbeit, erfolgen kann.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	2

Frau Pfeifer gibt Punkt 13 zur Abstimmung.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt:  
Safeplaces für junge Erwachsene, die in Notsituationen geraten sind und kurzfristig eine Bleibe brauchen, zu schaffen. (§ 41 SGB VIII) Für die Umsetzung des Projektes sollen im Doppelhaushalt 2025/26 finanzielle Mittel bereitgestellt werden.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Frau Pfeifer gibt Punkt 14 zur Abstimmung.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt:  
ein Konzept zu Wohngemeinschaften für junge Erwachsene in Problemsituationen (entsprechend eines nachgewiesenen Bedarfes auch darüber hinaus) mit einer sozialpädagogischen Begleitung vorzulegen und, nach Abstimmung mit dem Jugendhilfeausschuss und Beschlussfassung durch die Stadtvertretung, umzusetzen. (§ 41 und § 41a SGB VIII) Für die Umsetzung des Projektes sollen im Doppelhaushalt 2025/26 finanzielle Mittel bereitgestellt werden.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

### **Beschluss:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. zu prüfen, ob ein Neubaublock mit einem Aufgang Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden kann. Hier könnten unter Begleitung von Jugendsozialarbeiter:innen Graffitis entstehen und Jugendliche ihre Freizeit verbringen.
2. zu prüfen, ob die Rückseite der Sporthalle in Lankow (neben der Skaterbahn), den Jugendlichen als Graffitifläche zur Verfügung gestellt werden kann. Diese, so haben Jugendliche berichtet, wurde ihnen zugesagt und dann gesperrt.
3. zu prüfen, ob die Stadt in Zukunft größere Mülleimer und mehr Mülleimer auch außerhalb des touristischen Stadtzentrums aufstellen kann.
4. in Gesprächen mit dem Land darauf hinzuwirken, dass auf dem Gelände des Schlossgartens öffentliche Toiletten errichtet werden können.
5. zu prüfen, ob die Öffnungszeiten der Toiletten, insbesondere am Berta-Klingberg-Platz, verlängert werden können.
6. zu prüfen, ob eine Bezahlung öffentlicher Toiletten auch über einen Pfandflaschenautomaten ermöglicht werden kann.
7. das Projekt „Nette Toilette“ auf dem Keplerplatz zu evaluieren und seine Übertragbarkeit auf andere Standorte zu prüfen.
8. zu prüfen, ob der Film zum Thema „Jugend in Schwerin“ in anderen Stadtteilen fortgesetzt werden kann und ob hierfür Fördermittel zur Verfügung stehen.
9. auf einen Austausch zwischen der Polizei und den Jugendlichen außerhalb konkreter Konfliktsituationen hinzuwirken. Ziel soll es sein, das Verständnis für den jeweils anderen für das Agieren in Konfliktsituationen zu stärken.
10. konfliktminimierende mobile Einrichtungen (wie z.B. mobile Toiletten oder Mülltonnen) vorzuhalten und dort zu platzieren, wo sich in der aktuellen Situation vermehrt und in großer Anzahl Jugendliche aufhalten und im Konfliktfall einen Austausch zwischen den Konfliktparteien außerhalb der Konfliktsituation zu organisieren und zu moderieren. Dabei ist zu prüfen, ob die Entscheidung über die Standorte der mobilen Einrichtungen bzw. die Entscheidung zur Verlagerung der mobilen Einrichtung unter Einbeziehung von Jugendlichen, in Abstimmung mit der Straßenjugendsozialarbeit, erfolgen kann.
11. alle zwei Jahre unter Einbeziehung der offenen Treffs, der Straßen- und Schulsozialarbeiter:innen, den Mitarbeiter:innen in den HzE-Maßnahmen und anderen engagierten Personen in den Vereinen der Jugendhilfe eine Befragung von Jugendlichen zur Lebenssituation durchzuführen, auszuwerten und

- Schlussfolgerungen für die Jugendarbeit der Stadt zu ziehen und diese für Jugendliche transparent darzustellen.
12. auf der Internetpräsenz der LH SN ein „Jugendforum“ einzurichten, auf dem Jugendliche ihre Sorgen und Probleme äußern können und **garantiert** eine Antwort erhalten.
  13. Safeplaces für junge Erwachsene, die in Notsituationen geraten sind und kurzfristig eine Bleibe brauchen, zu schaffen. (§ 41 SGB VIII) Für die Umsetzung des Projektes sollen im Doppelhaushalt 2025/26 finanzielle Mittel bereitgestellt werden.
  14. ein Konzept zu Wohngemeinschaften für junge Erwachsene in Problemsituationen (entsprechend eines nachgewiesenen Bedarfes auch darüber hinaus) mit einer sozialpädagogischen Begleitung vorzulegen und, nach Abstimmung mit dem Jugendhilfeausschuss und Beschlussfassung durch die Stadtvertretung, umzusetzen. (§ 41 und § 41a SGB VIII) Für die Umsetzung des Projektes sollen im Doppelhaushalt 2025/26 finanzielle Mittel bereitgestellt werden.
  15. zu prüfen, was die Stadt für mehr Klubs und Partys tun kann.
  16. zu prüfen, ob massive Bänke und Tische (aus Stein) in der Stadt (z.B. Nordufer Pfaffenteich) aufgestellt werden können, um dort zu sitzen, Hausaufgaben zu erledigen oder gemeinsam zu essen.
  17. zu prüfen, ob eine Verbesserung der Nahverkehrsverbindungen aus den Randbereichen in die Stadt möglich ist, z.B. Linie 8.
  18. zu prüfen, ob die Anbindung des Nahverkehrs zur Zeit des Schulbeginns verbessert werden kann, z.B. Linie 8.
  19. zu prüfen, ob die Anbindung der beruflichen Schulen in den Umlandkreisen durch den ÖPNV verbessert werden kann.
  20. zu prüfen, ob eine Job- oder Praktikumsbörse für Schwerin, via Internet aber auch in Form einer Messe in der Kongresshalle unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen angeboten werden kann.

**zu 5.2 Bau eines Studentenwohnheimes in Schwerin auf den Weg bringen  
Vorlage: 00639/2022**

**Bemerkungen:**

Frau Pfeifer führt in den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion zur DS-Nr. 00639/2022 ein und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Pfeifer betont, dass sowohl die Auszubildenden als auch die Studierenden in einem zukünftigen Konzept Berücksichtigung finden sollten.

Herr Alff kritisiert, dass der WTL-Beschluss, auf den sich die Stellungnahme der Verwaltung bezieht, den Ausschussmitgliedern nicht vorliegt.

Frau Pfeifer verliest den geänderten Beschluss des Ausschusses Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften vom 24.11.2022:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Konzeptausschreibung für das unbebaute Grundstück am Pappelgrund, Flur 2, Flurstücke 34 und 39, für die Errichtung eines Studentenwohnheimes, auf den Weg zu bringen. Die Bewerbung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung sowie

lokaler Genossenschaften sind vorrangig zu bewerten.“

Frau Gabriel berichtet über die aktuelle Wohnheim- und Internatssituation in der Landeshauptstadt Schwerin.

Sie berichtet, dass sich die Wohnheime für Auszubildende zum jetzigen Zeitpunkt in privater Hand befinden.

Herr Riedel beantragt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Er bietet an, dass man sich in den Fraktionen in einen gemeinsamen Austausch begibt.

**Beschluss:**

Wiedervorlage.

**zu 6      Sonstiges**

**Bemerkungen:**

Die Vorsitzende berichtet über eine unter anderem an sie gerichtete E-Mail bzgl. der Verkehrssituation an der Grundschule „Schweriner Nordlichter“. Es wird eine undurchsichtige Verkehrssituation aufgrund von Eltern-Taxis dargestellt.

Frau Gabriel bietet an, sich mit der Schulleitung in Verbindung zu setzen und in einen gemeinsamen, lösungsorientierten Austausch zu gehen. Man werde sowohl die Verkehrsbehörde als auch den Ordnungsdienst beteiligen. Im Zuge dessen, werde man die Schulwegplanung prüfen.

Herr Nimke berichtet über das Projekt „Treffpunkt im Umfeld“, was eine Begleitung der Schülerinnen und Schüler durch Eltern und Lehrer vorsah, sodass die Halt- und Parksituation direkt vor der Schule unterbunden wird. Dies zeigte zumindest kurzzeitige Erfolge.

Des Weiteren befinden sich regelmäßig Kontaktbeamte an der Grundschule. Er gibt den Hinweis, dass die Eltern aktiv miteinbezogen werden müssten.

Frau Pfeifer hat sich bereits mit der Schulleiterin Frau Köhn in Verbindung gesetzt und wird ihr eine Informationsveranstaltung im Zuge eines Elternabends empfehlen.

gez. Mandy Pfeifer

---

Vorsitzende/r

gez. Susanne Kroll

---

Protokollführer/in